

# Vier Maghrebiner in Marco Chiasas Garten

Vier Monaten vor den Wahlen lanciert die SVP wieder einmal eine Zuwanderungsinitiative

CHRISTINA NEUHAUS

Der Sonderparteitag der SVP hätte auch in Bülach oder Birsfelden stattfinden können, doch Küsnacht macht sich natürlich besser. Tell, Gessler, Walterli, «durch diese Hohle Gasse muss er kommen». Der Ort steht für eine Schweiz, die sich wehrt. Eine Schweiz, die für ihre Werte einsteht. SVP-Parteitage laufen stets nach demselben Muster ab: Eine Musikkapelle spielt Lüpfiges, danach kommt der Schweizerpsalm, eine Lokalgrösse hält die Begrüssungsrede, das nationale Parteikader peitscht die Anwesenden durch die erste Hälfte des Themas des Tages, Mittagessen, weiter mit der zweiten Hälfte des Themas des Tages, Varia, allgemeiner Aufbruch.

## Immigration im Fokus

Vor vier Jahren fand die grosse Wahlkampfaufakt-Delegiertenversammlung in Frauenfeld statt. Das Thema des Tages war der radikale Islam. Viele Reden drehten sich um den sogenannten «Hassprediger von Nidau», der damals das grosse Thema in den Zeitungen war. Die Vorträge waren sachlich, die Redner riefen dazu auf, nicht alle Muslime in denselben Topf zu werfen, worauf die Anwesenden zustimmend nickten, bevor sie beim Saalpersonal noch ein Halbeli bestellten.

Einen scharfen Ton schlugen nur Parteipräsident Albert Rösti und Nationalrat Walter Wobmann an. Wobmanns Egerkinger Komitee hatte soeben die Burka-Initiative lanciert, und Rösti musste von Amtes wegen giftig tun. Die SVP befand sich damals im Verteidigungsmodus. Die grosse Wahlsiegerin von 2015 hatte die Klimakrise nicht kommen sehen und auch sonst ein paar strategische Fehler gemacht. Sie wusste, dass sie im Herbst 2019 ein paar Wählerprozente einbüßen sollte, und gab alles, um die Verluste so klein wie möglich zu halten. Am Wahlsonntag resultierte dann ein Minus von 3,8 Prozentpunkten: eine ziemliche Schlappe für die erfolgsgewohnte Partei.

Vier Jahre nach Frauenfeld präsentiert sich der stets verneinende Geist der SVP deutlich böser. Zum Wahlkampfthema macht die Partei die «völlig aus-



Den italienischen Teil seiner Rede hält der SVP-Präsident Marco Chiesa nicht auf der Bühne, sondern im Saal.

URS FLÜELER / KEYSTONE

ser Kontrolle geratene Zuwanderung», das «kranke Schweizer Asylwesen», die «vielen jungen Männer aus Afrika und dem arabischen Raum», die «hohe Kriminalitätsrate», die «Einwanderung in den Sozialstaat via Familiennachzug».

Die Parteigrößen geben alles: Den Auftakt macht Parteipräsident Marco Chiesa mit einer Rede gegen die «masslose Zuwanderung und ein gescheitertes Asylsystem, die unser Land zerstören». Auch für Chiesa gehört die Kunst des rhetorischen Gifträufelns zum Jobprofil. Der Tessiner sagt deshalb oft das, was ihm das Parteisekretariat zu sagen aufgetragen hat. Journalisten, die mit Chiesa ein Interview führen oder ihm ein Zitat abringen wollen, müssen damit rechnen, dass ihnen der Parteisekretär

Peter Keller oder die Kommunikationschefin Andrea Sommer antwortet.

Am Freitag beantwortete Chiesa kritische Fragen der Tamedia-Zeitungen zu einem Schmah-Tweet der SVP über einen Feldgottesdienst für muslimische Schweizer Soldaten in den exakt gleichen Worten, mit denen Keller Stunden zuvor die Fragen der NZZ beantwortet hatte: Die Schweiz sei ein christlich geprägtes Land, davon zeuge auch das Kreuz im Schweizer Wappen, ausserdem wolle man grundsätzlich keine schleichende Islamisierung des Landes.

Doch an diesem Samstag in Küsnacht wirkt Chiesa auffällig authentisch. Nachdem er auf Deutsch und Französisch die üblichen SVP-Stanzen von sich gegeben hat, springt er von der Bühne, um den Rest

seiner Rede auf Italienisch zu halten. Sie gipfelt in einem furiosen «J'accuse»: Kürzlich hat er vier Maghrebiner aus einer Flüchtlingsunterkunft bei sich im Garten entdeckt. Auch hinter dem eigenen Gartenzaun ist man nicht mehr sicher.

## Wer hat eigentlich das Sagen?

Es war immer die grosse Stärke der SVP, Dinge auszusprechen, die sich andere Parteien nicht zu sagen trauten. So sprach sie das Thema Sozialhilfemissbrauch an, als die Behörden noch so taten, als gäbe es das nicht. Doch in den vergangenen Jahren hat sich einiges geändert. Seit sich Christoph Blocher immer mehr zurückzieht, ist unklar, wer in der Partei eigentlich das Sagen hat.

Deshalb klingen an diesem Samstag alle Reden wie die sackgroben Medienmitteilungen und Online-Posts, die das Parteisekretariat auf sein Publikum loslässt: Das Schweizer Asylwesen ist kaputt, es kommen zu viele, es kommen die Faltschen, und schuld sind Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider und die anderen «Saboteure im Bundeshaus».

Marcel Dettling tönt so, der Zürcher Ständeratskandidat Gregor Rutz, der Aargauer Scharfmacher Andreas Glarner und verschiedene Gemeindepolitiker tönen so, nur der Berner Regierungsrat Pierre Alain Schnegg tönt leicht anders. Ihm tun die vielen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge leid, die in immer grösserer Zahl in die Schweiz einreisen. Von ihnen werde erwartet, dass sie möglichst bald viel Geld nach Hause schicken, obwohl sie gar nicht arbeiten dürften. Diese Jungen, sagt Schnegg, würden ausgenutzt, unter aller Augen und auf Schweizer Boden. Das gebe ihm zu denken.

Die SVP hat bei den kantonalen Wahlen wieder leicht zugelegt und hofft darauf, im Herbst die Verluste von 2019 wenigstens zum Teil wieder auszugleichen. Erst versuchte sie es mit dem Thema Versorgungssicherheit, dann drängte Christoph Blocher seiner Partei eine Neutralitätsinitiative auf. Doch beide Themen erwiesen sich als politisches Senkblei, und die Zeit drängt.

Deshalb hat die SVP am Samstag auf ihre schon vor Monaten fertig gebastelte Zuwanderungsinitiative zurückgegriffen und diese mit grossem Pathos lanciert. Der Ausdruck «die Schweiz retten» war gefühlte hundert Mal zu hören. Das einstimmig verabschiedete Volksbegehren kommt zeitgeistig unter dem Titel Nachhaltigkeitssinitiative daher und will eine 10-Millionen-Schweiz verhindern.

Denn der Partei geht es nicht nur um das Schweizer Asylwesen. Es geht ihr – das wurde in den Reden deutlich – um Kinder, die auf dem Pausenplatz albanisch reden, um Schweizer Soldaten, die es wagen, zu Beginn des muslimischen Opferfestes an einem Feldgottesdienst teilzunehmen, um Zugewanderte und solche, die noch zuwandern wollen. Wie sagt Tell in seinem Monolog? «Hier ist keine Heimat.»

# Die Schweiz dürfte ihre Ausbauziele beim Strom verpassen

Längere Laufzeiten der Kernkraftwerke würden die Gefahr einer Stromlücke allerdings erheblich vermindern

DAVID VONPLON, CHRISTOF FORSTER

Auf den Dächern von Bauernhäusern, Wohnhäusern und Industriehallen werden derzeit so viele Solarpanels installiert wie nie zuvor. 2022 erhöhte sich die neu installierte Leistung an Photovoltaik hierzulande um 60 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In ähnlichem Umfang geht es im laufenden Jahr weiter, wie die Zahlen von Januar bis Mai zeigen. Das Wachstum beträgt rund 50 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahresperiode. Wieland Hintz vom Bundesamt für Energie (BfE) rechnet für das gesamte Jahr mit einem Zubau von 1,5 Gigawatt. Mit dieser Leistung werden in einem Jahr mit durchschnittlichem Sonnenschein 1,5 Terawattstunden Strom produziert, was etwa der Hälfte der Produktion des stillgelegten Kernkraftwerks Mühleberg entspricht.

Das sind zwar beträchtliche Zuwächse. Allerdings hat das Parlament ambitionierte Ausbauziele gesetzt. Bis 2035 sollen neue Erneuerbare 35 Terawattstunden Strom produzieren, wie National- und Ständerat im Mantelerlass beschlossen haben. Die Wasserkraft zählt hier nicht dazu. Der Bund geht davon aus, dass allein der Solarstrom 30 Terawattstunden liefert. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten jedoch die Zubauraten bis Ende der zwanziger Jahre

auf jährlich 2 Terawattstunden wachsen und dieser Zubau bis 2035 weitergeführt werden.

Auch ein Blick ins Ausland relativiert die gegenwärtige Ausbaudynamik beim Solarstrom. So zeigt eine neue Auswertung der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES), dass die Schweiz bei den neuen erneuerbaren Energien – also Solar und Wind – im europäischen Vergleich nach wie vor zu den Schlusslichtern gehört. Nur in Rumänien, Tschechien, Slowenien, der Slowakei und Lettland wird derzeit pro Kopf weniger Solar- und Windstrom produziert. Im Gegensatz dazu produzieren Länder wie Dänemark und Schweden, die an der Spitze der Rangliste stehen, sieben bis acht Mal so viel Strom aus Sonnen- und Windkraft wie die Schweiz.

## Stillstand bei Windkraft

Zurückzuführen ist das vor allem auf den nur spärlich ausgebauten Windsektor in der Schweiz. Zwar hat sich die Schweizer Produktion in diesem Sektor etwas erhöht, da der Ende 2020 auf dem Gotthard in Betrieb genommene Windpark letztes Jahr erstmals voll produzieren konnte. Sonst konnten in den letzten Jahren jedoch keine neuen Windanlagen in Betrieb genommen werden. Die Menge an geliefertem Windstrom

blieb daher mit 153 Gigawattstunden verschwindend klein.

Der Stillstand bei der Schweizer Windkraft steht in starkem Kontrast zur Situation in den Nachbarländern. Im Binnenland Österreich lieferte die Windkraft 2022 pro Kopf fast fünfzig Mal mehr Strom als in der Schweiz. In Deutschland, das auf Windenergieanla-

Mit Photovoltaik und Wasserkraft wird die Schweiz nicht über den Winter kommen.

gen in der Nordsee zurückgreifen kann, waren es fast hundert Mal mehr. Am meisten Windstrom pro Kopf produziert das Windpionierland Dänemark.

Doch auch beim Ausbau der Photovoltaik liegt die Schweiz trotz den jüngsten Rekorden nur im europäischen Mittelfeld. So ist etwa in Deutschland die Produktion aus Photovoltaik pro Kopf um 60 Prozent höher als in der Schweiz – und das, obwohl es durch die nördliche

Lage weniger Sonnenstunden im Jahr vorweisen kann. An der Spitze des Rankings liegen die Niederlande, die etwa doppelt so viel Solarstrom pro Kopf produzieren wie die Schweiz.

## Verhaltener Optimismus

Die Energie-Stiftung ist trotzdem zuversichtlich, dass die Schweiz bei den Erneuerbaren bald an Boden gutmacht. Die Schweizer Politik sei zurzeit sehr aktiv in der Überarbeitung der Rahmenbedingung für den Ausbau der Solar- und Windkraft in der Schweiz, erklärt die atomkritische Organisation. So könnten künftig alpine Solaranlagen und einige Windprojekte schneller geplant und bewilligt werden. Zudem seien im Mantelerlass, der sich derzeit in der Differenzvereinbarung zwischen den beiden Räten befindet, Instrumente vorgesehen, welche die Investitionssicherheit bei erneuerbaren Produktionsanlagen erhöhe.

Auch beim Bund zeigt man sich verhalten optimistisch. Zwar droht die Schweiz die im Mantelerlass verankerten Ausbauziele bis 2035 um etwa 10 Prozent zu verfehlen. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass die Zielwerte aus einer Zeit stammen, als man mit Laufzeiten von 50 Jahren für die Atomkraftwerke rechnete. In diesem Szenario wäre mit Leibstadt 2034 der

letzte Reaktor vom Netz gegangen, und die Schweiz hätte bereits dann sämtliche Atomstrom ersetzen müssen.

Inzwischen geht die Stromwirtschaft von einer Betriebsdauer von mindestens 60 Jahren aus. Nuklearexperten reden sogar von Laufzeiten von bis zu 80 Jahren, während denen die beiden neueren Werke Gösgen und Leibstadt sicher betrieben werden können. Dank den längeren Laufzeiten bleibt mehr Zeit für den Ausbau der Erneuerbaren.

Der längere Betrieb der AKW und die ehrgeizigen Ausbauziele dürften gar dazu führen, dass die Schweiz in den 2030er Jahren über das ganze Jahr betrachtet viel mehr Strom produziert, als sie benötigt. Wasserkraft (37 TWh), die AKW Gösgen und Leibstadt (16 TWh) sowie die neuen Erneuerbaren (35 TWh) liefern zusammen 88 TWh Strom pro Jahr. Der Stromverbrauch wird 2035 gemäss Schätzungen auf 70 bis 75 TWh steigen. Es bleibt ein Überschuss, den die Schweiz exportieren könnte.

Trotz den steigenden Ausbauraten von Solarstrom ist allerdings die Gefahr eines Stromengpasses nicht ausgeräumt: Mit Photovoltaik und Wasserkraft wird die Schweiz nicht über den Winter kommen. Mit den längeren AKW-Laufzeiten ist die Winterlücke zwar weniger akut. Aber sie muss gelöst sein, bevor der letzte Reaktor vom Netz geht.